Zeitschrift: Heimatbuch Meilen
Herausgeber: Vereinigung Heimatbuch Meilen
Band: 13 (1974)

Artikel: Demokratische Partei Meilen : 1917-1972
Autor: Kummer, Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-954022

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Peter Kummer

Demokratische Partei Meilen 1917–1972

Eine kritische Würdigung

Vorwort

Parteien sind publizitätsscheu. Obwohl ihre Existenz unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren einer modernen Demokratie ist, dringt über ihr Innenleben, wenn es sich um schweizerische Beispiele handelt, zu Lebzeiten meist nur wenig an die Öffentlichkeit. Das aber ist die grosse Mehrzahl der Bürger, die, ohne selbst irgendwo Mitglied zu sein, sich deren Tätigkeit doch nicht entziehen kann. Ob dieses abgeschirmte Dasein der Öffentlichkeit wie den Parteien selbst wirklich dient?

Parteien haben in der Schweiz meist ein langes Leben. Es kommt darum nur selten vor, dass eine von der politischen Bühne abtritt, und es ist wohl im 20. Jahrhundert das erste Mal, dass es eine Meilener Ortsgruppe betroffen hat. Uns scheint das Anlass genug, des Wirkens der 1972 eingegangenen Demokratischen Partei Meilen an dieser Stelle zu gedenken – aus ortsgeschichtlicher Absicht, aber mit dem Hintergedanken, einen Beitrag zur immer aktuellen Diskussion über Sinn und Wesen der Parteien zu leisten.

Von allem Grundsätzlichen abgesehen, stellen sich aber doch einige technische Probleme. Zuerst einmal: Welcher Rahmen ist zu wählen? Eine Ortsgruppe ist Teil eines Grösseren, und zwischen ihr und den höheren Ebenen in Bezirk und Kanton besteht ein starkes Geflecht von Beziehungen. Des Risikos bewusst, ein unvollkommenes, ja gelegentlich ungerechtes Bild zu zeichnen, mussten wir uns aus praktischen Gründen weitgehend auf die Ortsgruppe selbst beschränken. Das zweite und das dritte Problem sind untrennbar miteinander verbunden: Wer übernimmt die Aufgabe, und wie soll sie angepackt werden? Da keiner der angefragten Ehemaligen sich dazu bereit erklären konnte, andererseits aber Interesse an einer solchen Publikation bekundet wurde, haben wir die Bearbeitung als Aussenstehender übernommen. Dabei auferlegten wir uns angesichts der Tatsache, dass die meisten Papiere nicht zur Veröffentlichung bestimmt waren und zum Teil sehr jungen Datums sind, freiwillig eine gewisse Zurückhaltung; so anschaulich wie ein Dabeigewesener hätten wir ja ohnedies nicht berichten können. Wir haben drum auch, was den Aufbau betrifft, den Weg einer nüchternen thematischen Analyse gewählt, die den zeitlichen Ablauf sprengt. Die laufende Tätigkeit der Partei hat dadurch notwendigerweise zu wenig Gewicht erhalten, und manch Ehemaliger mag vielleicht Mühe haben, seine Partei wiederzuerkennen. Er lasse sich trösten mit der Antwort, die wir, auf der Suche nach Stoff, von einem einst führenden Demokraten erhielten: «Wir haben nichts gemacht, was andere Parteien nicht auch tun.»

Die linke Alternative

Die Demokratische Partei des Kantons Zürich ist herausgewachsen aus der weite Volksschichten umfassenden Bewegung, die seinerzeit das unpopulär gewordene Regime Alfred Eschers stürzte und dem Zürcher Volk die in den Grundzügen noch heute gültige Verfassung von 1869 gab. Diese Verfassung – Leonhard von Muralt hat sie als «Angelpunkt in der Geschichte Zürichs und der Schweiz» bezeichnet – enthielt als wesentliche Neuerungen die Gesetzesinitiative sowie Gesetzes- und Finanzreferendum, ebenso die Volkswahl der Regierungs- und Ständeräte, also die Volksrechte, auf die man als Schweizer besonders stolz ist, ferner Massnahmen sozialer Art, wie zum Beispiel die Einführung der Kantonalbank als Bank des «kleinen Mannes» (vergleiche den Beitrag von Jakob Huber in diesem Heft), die Einführung der Progressivsteuer, die Übernahme der ersten Ausrüstung des Wehrpflichtigen durch den Staat, die unentgeltliche Volksschule.

Mit dem Liberalismus durch das gemeinsame Bekenntnis zum freiheitlichen Rechtsstaat verwandt, bekämpfte ihn die demokratische Bewegung als eine politische Richtung, die einer zu kleinen Schicht des Volkes wirklich dient. Angesichts der Not, welche die Industrialisierung für viele mit sich brachte, sah sie ihr Ideal in der sozialen Demokratie. Indem man den materiell Benachteiligten, den Arbeitern, ein reales politisches Gewicht verschaffte, hoffte man sie für den bürgerlichen Staat (und die eigene Partei) zu gewinnen und die Gefahr des Klassenkampfes zu bannen. Wie deren Zahl aber wuchs und die Forderungen immer radikaler wurden, kam es schliesslich zum Bruch zwischen Demokratischer Partei und Arbeiterorganisationen, die sich der inzwischen gegründeten Sozialdemokratischen Partei anschlossen, während die Demokraten sich wieder den Liberalen oder Freisinnigen näherten. Nachdem die Zürcher Demokraten schon 1874 den Kampf für die Bundesrevision gemeinsam mit den Freisinnigen geführt hatten, schlossen sie sich, im Gegensatz etwa zu den Glarner Kollegen, die sich bis noch vor kurzem «Demokratische und Arbeiterpartei» genannt haben, 1894 der eben gegründeten Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz an. Im Kanton blieb man natürlich selbständig, behielt dort auch etliche Jahre noch gewisse Beziehungen zur Linken, wie denn überhaupt die Zusammenarbeit mit dem Freisinn im Bund nie ganz unbestritten blieb. Schon in einem der ersten Protokolle der Meilener Ortsgruppe lesen wir die Mitteilung, das Bezirkskomitee befasse sich mit der Loslösung von der freisinnig-demokratischen Partei, «um Anschluss zu suchen an eine in der Gründung begriffene schweizerische demokratische Partei». So weit kam es dann allerdings damals noch nicht, aber in den Krisenjahren häuften sich die Differenzen zwischen Freisinnigen und Demokraten (zum Beispiel über die Art der Krisenbekämpfung und die Aufnahme von Sozialdemokraten in den Bundesrat) so sehr, dass die «Vernunftehe» schliesslich zerbrach. 1941 schlossen sich Zürcher, Glarner und Bündner Demokraten zur Demokratischen

Partei der Schweiz zusammen, die dann wegen der Kleinheit ihrer Deputation in der Bundesversammlung 1951–1971 eine Fraktionsgemeinschaft mit der Evangelischen Volkspartei unterhielt.

Partei der Mitte

Folgenreicher als das nachträgliche Abrücken von den Freisinnigen war für das Selbstverständnis der Zürcher Demokraten doch der Bruch mit den Organisationen der Arbeiterschaft gewesen. Denn damals wurde, wenn es sich in seiner vollen Schärfe auch erst seit der Einführung des Proporzwahlsystems im Jahre 1917 zeigen sollte, die ursprüngliche raison d'être der Demokratischen Partei zerstört, und sie konnte nun je länger desto weniger die linke Alternative zur Freisinnigen Partei sein. «Den Demokraten blieb, wenn sie bei ihrem demokratisch-sozialpolitischen Ausgangspunkt bleiben wollten, nur der Mittelweg übrig als ausgleichender Pol zwischen extrem links und rechts, denn weder das eine noch das andere kann für das Volkswohl von Gutem sein. Dafür wird uns als Schlagwort im politischen Kampf gerne der Vorwurf gemacht, eine Partei der Grundsatzlosigkeit zu sein. Bei der grossen Masse liegt diesem Vorwurf eine kleine, aber deshalb nicht weniger bedeutungsvolle Verwechslung zugrunde. Es ist die Verwechslung zwischen wirklicher Grundsatzlosigkeit und dem, was wir im Volksmund den «goldenen Mittelweg» zu nennen pflegen ... Die wirklich gute und dauerhafte Lösung wird auch weiterhin immer nur in der Mitte zwischen den Extremen liegen können, im Ausgleich, dort, wo der Arbeitnehmer sein Recht erhält, ohne dem Arbeitgeber das seine zu nehmen, wo der Arme reicher wird, ohne den Reichen zum Armen zu machen, und wo der eine frei und stark werden kann, ohne dass der andere zum Knecht und Schwachen werden muss.» (Walter Baur im Jahresbericht 1946.)

Die Gründung der Ortsgruppe Meilen

Der Anlass

Wann und unter was für Umständen nun in Meilen eine Ortsgruppe der Demokratischen Partei gegründet wurde, das schildert uns der erste Aktuar Hermann Ebner in folgendem Bericht aus dem Jahre 1919: «Am 10. Dezember 1916 wurde durch Volksabstimmung im Kanton Zürich das Verhältniswahlverfahren für die Kantonsratswahlen eingeführt. Dadurch begann zu Stadt und Land bei den nichtsozialistischen Bürgern das in den letzten Jahren sehr abgestumpfte und verflachte Parteileben aufs neue sich zu regen. Wie anderwärts, so eröffneten auch im Bezirk Meilen die bereits schon früher bestandenen Parteiorganisationen (Demokraten, Freisinnige und Sozialisten) eine sehr lebhafte Agitation unter den Stimmberechtigten, und als neue Parteien entstanden in unserem Bezirk diejenige der Bauern und der Christlich-Sozialen. Nachdem im Bezirk Meilen von einem Initiativkomitee bereits durch einen Aufruf an die Handwerker, Gewerbetreibenden, Kleinhändler, Beamten, Angestellten, Kleinbauern und Arbeiter zum Beitritt in die demokratische Partei eingeladen

worden war, wurden durch die Agitation von durchaus überzeugten Demokraten in den einzelnen Gemeinden Mitglieder für die zu gründenden einzelnen Ortsgruppen geworben. Durch ruhige, sachliche Aufklärung über das Wesen der Demokraten und die heutigen Aufgaben einer Demokratie wurde den Stimmberechtigten klargelegt, dass die demokratische Partei als entschieden fortschrittliche Mittelpartei die Interessen des gesamten Volkes zu wahren und zwischen den Gegensätzen der extremen Parteien zu vermitteln suche.

Die Gründung

In unserer Gemeinde hatte Herr Edwin Schreiber durch eine Zuschrift an eine Anzahl Einwohner, von denen er hoffte, dass sie der demokratischen Sache sympathisch gesinnt seien, zu einer ersten Zusammenkunft auf Freitag, den 16. Februar 1917 ins Restaurant Bahnhof Meilen eingeladen. An dieser Versammlung, zu welcher beinahe alle Eingeladenen erschienen waren, wurde nach längerer Diskussion beschlossen, einen gedruckten Aufruf, mit 15 Unterschriften von hiesigen Demokraten versehen, zu erlassen, um dadurch möglichst viele Einwohner für die demokratische Sache zu gewinnen. Der provisorische Vorstand wurde von der Versammlung bestellt wie folgt: Vorsitzender: Edwin Schreiber; Stellvertreter: Jakob Brupbacher sen.; Schriftführer: H. Ebner-Bachmann. Um immer noch mehr Anhänger für die demokratische Sache zu gewinnen, veranstaltete das Bezirkskomitee, wie später auch einzelne Ortsgruppen, Vorträge politischer oder auch wirtschaftlicher Natur. ... Inzwischen waren die Vorarbeiten in unserer Gemeinde soweit gediehen, dass der provisorische Vorstand die Mitglieder der Ortsgruppe auf Dienstag, den 22. Mai 1917, abends 8 Uhr in den Gasthof z. Sternen in Dorf-Meilen einladen konnte zur ersten konstituierenden Versammlung.» Wie das betreffende Protokoll zeigt, wurden an dieser Gründungsversammlung hauptsächlich der definitive Vorstand gewählt und die Statuten beraten. Der acht Paragraphen enthaltende Entwurf fand nach längerer Debatte fast ohne Änderung Anklang; auf einzelne davon kommen wir, soweit nötig, bei den betreffenden Unterabschnitten zurück. Hermann Ebner schliesst seinen Bericht mit folgendem Ausblick:
«Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder beträgt heute etwa 70, während die Demokraten anlässlich der Kantonsratswahl beinahe die doppelte Zahl Stimmen aufbrachten. Hiebei dürfen wir wohl der Hoffnung Raum geben, dass sich die etwas bescheidene Zahl in nächster Zeit wohl noch erheblich vermehren möge zum Wohl der demokratischen Sache und somit auch im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung.»

Grösse und Struktur der Partei

Gesamtmitgliederzahl

Ebners Hoffnungen erfüllten sich nicht; die Demokraten sind immer eine kleine Schar geblieben. Die Mitgliederzahl schwankte allerdings zwischen den Extremen 20 und 57 bzw. 70 sehr deutlich, ohne dass sich die Gründe immer nennen liessen. Über-

haupt sind die Bestandeszahlen von beschränkter Aussagekraft: Sie können direkt von der eigenen Tätigkeit und dem «Image» der Kantonalpartei abhangen (wobei dann immer noch die Reaktionszeit zu ermitteln wäre) oder «Zufälligkeiten» wie Ortswechsel und Mortalität unterworfen sein. Im ganzen folgt die Entwicklung jedenfalls weder dem Bevölkerungsanstieg, noch dem Krebsgang der Kantonalpartei, noch der Kontinuität, mit der man in den Gemeindebehörden vertreten war. Die Dokumentation über den Bestand ist allerdings unterschiedlich. Bis 1942 sind wir auf vereinzelte Zahlen in den Protokollen angewiesen. 1917 ist von «70 eingeschriebenen Mitgliedern» die Rede, die allerdings noch keine festen Beiträge leisten mussten, 1921 von 20 «zahlbaren» (sic!), 1922 von 38 ohne nähere Bezeichnung. Bis zum Zweiten Weltkrieg haben wir nur noch eine Angabe: 25 Mitglieder 1937, was schon damals nicht als glorios empfunden wurde. Ein Tiefpunkt wurde 1940 erreicht, als die Partei, nach verschiedenen Andeutungen zu schliessen, nur noch um die 20 Mitglieder gezählt haben kann. Dies stimmt mit dem überein, was die Kantonsratswahlen des Jahres 1939 zeigen. Die erste Liste von 1942 umfasst 30 Mitglieder, 1943 sind es bereits 38, 1944 deren 40 – ob wohl die Flurbereinigung auf eidgenössischer Ebene so belebend gewirkt hat? Bei diesem Umfang scheint es ein knappes Jahrzehnt geblieben zu sein. 1953 stellen wir nur noch 37 Mitglieder fest, 1954 sind es plötzlich 48, und der Höchststand von 1950 beträgt sogar 50. Anfangs der sechziger Jahre ist man meist auf 45 Mitgliedern, kurzfristig auch etwas tiefer; 1965/66 vermag man den Bestand auf 53, ja 57 zu erhöhen, dann sinkt er angesichts der sich abzeichnenden, nicht überall populären Fusion mit der Freisinnigen Partei jäh auf 42 (1969) und schliesslich 33 (1970). Die Ortsgruppe gibt aber noch nicht auf; unter einem neuen Präsidenten vermag sie die Zahl der Mitglieder nochmals innert kürzester Frist auf 38 zu erhöhen, aber dann tritt ganz plötzlich der Kollaps ein.

Aktive

Wieviele dieser Mitglieder können nun als Aktive gelten? Sicher die Vorstandsmitglieder, die Delegierten in der Bezriks- und Kantonalpartei, im Gemeindeverein, die Vertreter in den Behörden – aber in einem weiteren Sinne auch alle die, die wenigstens an den Parteiversammlungen teilnahmen. Leider fehlen in den Protokollen (vor allem der jüngeren Zeit) die entsprechenden Angaben häufig; nennen wir darum die wenigen Zahlen, die wir haben! An der Gründungsversammlung nahmen 23 Personen teil, 1919 waren es nochmals so viel, und bis 1931 fiel die Zahl der Teilnehmer mit einer Ausnahme wenigstens nie unter 14. Von 1932 bis 1938 finden wir dagegen folgende Beteiligung: 5 / ? / ? / 8 / 8 / 8 / 7 / 11 – jeder Kommentar dazu ist überflüssig –, dann fehlen Angaben bis 1952. Von da weg bis 1958 schwankt die Beteiligung zwischen 8 und 31, der Durchschnitt der Versammlungen, deren Teilnehmerzahl bekannt ist, liegt bei 18. Für alle übrigen Versammlungen bis zum Ende haben wir nur insgesamt acht Angaben; die höchste Beteiligung war 28 (1964), die niedrigste 7 (1969). Sowohl bei der Parolen-Ausgabe für die Vorlage

Alusuisse wie beim Entscheid über Nicht-Fusion mit den Freisinnigen waren nur je ein Dutzend Mitglieder anwesend (von insgesamt 33 bzw. 38). Saubere Vergleiche zwischen der Zahl aller Mitglieder und derjenigen der Aktiven sind wegen der Lückenhaftigkeit der Angaben nicht möglich. In der gesamten Geschichte der Ortsgruppe gibt es nur für vier Jahre Hinweise sowohl auf die Mitgliederzahl als auch auf die Zahl der Teilnehmer an mehr als einer Versammlung. Sie ermöglichen uns folgende sehr wenig repräsentative Zahlen zur durchschnittlichen Beteiligung an Parteiversammlungen: 1954 54%, 1955 31%, 1956 40%, 1960 27%.

Wähler

Nützlich wären natürlich auch Vergleiche zwischen der Zahl der Mitglieder und der Sympathisanten, die bei Proporzwahlen, vor allem den Kantonsratswahlen, leicht abzählbar sind. Die Beschaffung der auf die Gemeinde Meilen bezogenen statistischen Angaben wäre eine sehr zeitraubende Angelegenheit, da wir sie in den Parteiakten meist nicht finden; wir konnten uns diese Arbeit ersparen, denn Mitgliederzahlen sind für Wahljahre jeweils nur per Zufall bekannt. Je nachdem, ob wir als Wähler die Summe der unveränderten und veränderten demokratischen Listen oder aber den Quotienten demokratische Stimmen / Zahl der zu vergebenden Sitze nehmen, kommen wir für 1967 auf 32 bzw. 30%. Andere Wahljahre, bei denen wir bezüglich Mitgliederzahlen etwas mogeln (inter- und extrapolieren) mussten, ergeben ziemlich unterschiedliche Werte, so zum Beispiel 1951 etwa 27%, 1955 etwa 50%, 1959 etwa 40%. Ob ein mittlerer Ansatz im Vergleich zu anderen Parteien als hoch oder niedrig anzusetzen ist, kann auf Grund der bis heute ausser für SP und LdU sehr unsicheren Zahlen nur schwer beurteilt werden. Die Freisinnige Partei der Schweiz nennt zum Beispiel für 1971 nur 20% (NZZ, 27.6.1973, Nr. 291), während Erich Gruner (Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969) für 1963/67 auf etwa 50% kommt. Eine Ortspartei ist vermutlich überhaupt ein zu enger Rahmen, um solche Anteile zu berechnen.

Gewählte

Sehr hoch ist schliesslich der Anteil der Behördemitglieder an der Gesamtzahl der Parteimitglieder (und von denen waren es ja etliche nur auf dem Papier), mit anderen Worten: Das Reservoir war äusserst klein, aus dem die verschiedenen Ämter mit Leuten versehen werden sollten, und es ist begreiflich, dass man oft Mühe hatte, die Stellen zu besetzen, auf die man gemäss Proporzrechnung Anspruch erhob. Nehmen wir als Grundlage den Rahmen der weiter unten detailliert aufgeführten Gemeindebehörden, so kommen wir für drei punkto Mitgliederbestand extreme Jahre auf folgende Zahlen: 1938 5/20 = 25%, 1966 6/57 = 10,5%, 1970 6/33 = 18,2%. Nehmen wir noch die intern Etablierten, das heisst die Vorstandsmitglieder hinzu, so steigen die Werte gar auf 40, 23, 36%.

Sozialstruktur der Mitglieder

Die Geschichte der demokratischen Bewegung wie der Gründungsbericht Hermann Ebners zeigen, dass die Demokraten sich

als eine (fast) alle Volksschichten umfassende Partei betrachteten. In einem Aufsatz über «Demokratische Partei und Gemeindepolitik» (Mitteilungsblatt der DP des Bezirkes Meilen vom 15.3.1954) erklärt F. Friedli, in einer demokratischen Ortsgruppe sollten «Leute verschiedener Berufe zu finden sein. Einseitigkeit der Zusammensetzung führt zu gruppen-egoistischen Bestrebungen, während das Zusammengehen verschiedener Elemente unserer Bevölkerung ganz automatisch (sic!) zu gegenseitigem Verständnis und grösserer Kompromissbereitschaft führt.» Entsprach nun die Meilener Ortsgruppe diesem Idealbild? Die Kantonalpartei hat 1964 eine statistische Erhebung vorgenommen, die wir auf Grund der Mitgliederlisten auf einige weitere Jahre ausgedehnt haben (Angaben in %). Herrn Statthalter Ernst Fierz sei für seine Mitarbeit bei der Klassifikation bestens gedankt.

	1942	1953	1964	1970
Arbeiter	20	6	2	3
Angestellte in der Privatwirtschaft	0	14	11	12
höhere und leitende Angestellte in der Privatwirtschaft	10	17	15,5	30
Beamte (inkl. Lehrer)	47	28	42	33
übrige Angestellte in staatlichen Betrieben	10	8	5	7
Gewerbetreibende (Selbständigerwerbende)	13	19	9	12
andere Selbständigerwerbende und freie Berufe	0	8	15,5	3
Total in absoluten Zahlen	30	36	45	33

Ständig am stärksten vertreten waren in dieser Partei – wie das ganze Volk weiss – Lehrer aller Grade und Stufen. Ihr Anteil bewegte sich meist um die 12%, konnte aber auch bis 22% ansteigen (1962). Sehr schwach bis gar nicht vertreten waren die Bauern: Höchststand 2 von 41 im Jahre 1949. Nicht viel anders verhielt es sich meist mit den Arbeitern. Entgegen ihrem ursprünglichen Ideal war also die Demokratische Partei Meilen nicht eine Volks-, sondern eine Klassenpartei, und entgegen ihrer späteren offiziellen Selbstschau auch nicht eine umfassende Mittelstandspartei, sondern vorwiegend eine Partei von Staatsangestellten und Staatsbeamten. Sie wusste das auch und nahm deshalb 1966 die Schaffung einer speziellen Gewerbegruppe an die Hand: «Da unsere Partei nicht mehr wie früher alle Schichten der Bevölkerung umfasst, ist sie im Schwinden begriffen.»

Altersgruppen

Ebenfalls wusste man schon lange (vgl. Protokoll von 1953), und Zahlen beweisen es für später: Die Partei war überaltert, die «Jugend» (und Kennedy galt ja mit zweiundvierzig als jugendlich) fehlte weitgehend. Hier nun die Zahlen (diejenigen für 1970 finden sich auf der Mitgliederliste):

	1964	1970
20 bis 45 Jahre	24%	15%
45 bis 65 Jahre	58%	57%
über 65 Jahre	18%	28%

1970 war keines der Mitglieder unter 30 Jahre alt; das Durchschnittsalter betrug damals 56 Jahre, 4 Monate, 11 Tage. Überaltert sind freilich alle schweizerischen Parteien: «Die Freisinnigdemokratische Partei, die im Durchschnitt der Parteien eher besser dasteht, zeigt auf Grund einer 1971 durchgeführten Erhebung (gesamtschweizerisch) folgenden altersmässigen Aufbau ihres Mitgliederbestandes: bis 35 Jahre 10%, 36 bis 50 Jahre 37%, 51 bis 65 Jahre 34%, über 65 Jahre 19%.» (NZZ, 15.7.1973, Nr. 322)

Wohnsitz, Herkunft, Konfession

Es überrascht, wie sehr sich die Demokraten auf die Wacht Dorfmeilen konzentrierten. Bei den sechs durchgesehenen Mitgliederlisten aus dem Zeitraum 1942 bis 1970 liegt der Anteil der «Dörfler» nie unter 75% und weist 1945 sogar ein Maximum von 82,5% aus. Der Anteil der Feldner sinkt von anfänglich 13% auf schliesslich 6%, während derjenige der Obermeilener sehr unregelmässig zwischen 5 und 18,8% schwankt und am Schluss rund 12% ausmacht. Der «Berg» ist überhaupt nicht vertreten. Interessant wäre eine Aufschlüsselung nach der Herkunft: Altmeilemer / Langansässige / Zuzüger; sie vorzunehmen, wäre allerdings mit Schwierigkeiten verbunden. Hingegen ist immerhin leicht ersichtlich, dass die Fluktuation in der Mitgliederschaft neben der Überalterung grossenteils durch Wohnortswechsel bedingt ist. Was die Konfession anbelangt, so waren die Demokraten soweit feststellbar fast ausschliesslich Protestanten.

Die «Etablierten»

Darunter wollen wir in diesem Unterkapitel die Vorstandsmitglieder und die Vertreter in den Gemeindebehörden verstehen. Die Tabelle über die Zusammensetzung des Vorstandes wurde auf Grund von Angaben in Protokollen, Meldungen an die Kantonalpartei, Korrespondenzen, Jahresrechnungen usw. zusammengestellt; die Liste der Behördevertreter stellt einen Auszug dar, der auf Grund der Parteiakten aus dem handschriftlichen Behörderegister der Gemeinderatskanzelei erstellt wurde; Herrn Gemeindeschreiber A. Hotz sei an dieser Stelle für seine Hilfe bestens gedankt.

Kein Gedränge

«Angesichts der Schwierigkeiten, die sich bei Besetzung der Vorstandschargen immer ergeben . . .» – so beginnt ein Protokollabschnitt aus der Mitte der dreissiger Jahre, der symptomatisch ist für die ganze Parteigeschichte. Tatsächlich lässt sich ein Gerangel nach Ämtern, auch öffentlichen, nirgends feststellen, die Versammlung hatte bei der Wahl von Vorstandsmitgliedern

überhaupt nie eine echte Auswahl. Einstimmig und mit Akklamation erkor sie jeweils denjenigen, der sich am wenigsten sträubte, nicht selten einen Neuling. Die Schwierigkeit, eine einmal übernommene Verantwortung wieder loszuwerden, wird den Drang nach ihr auch nicht eben gefördert haben. Zwar finden wir etliche Beispiele dafür, dass ein öffentliches Amt nur während einer einzigen Wahlperiode bekleidet wurde; bei Parteichargen dagegen, gerade in kritischen Zeiten – und die waren nicht selten –, bemühten sich die Kollegen recht häufig und eifrig, die Betreffenden in ihren Ämtern zu belassen. «Obschon amtsmüde und nur um das Wahlgeschäft abzukürzen», stellten sich beispielsweise 1938 Präsident und Aktuar «bis auf weiteres» nochmals zur Verfügung. «Vom guten Beispiel angesteckt», zog auch der Kassier seine bereits eingereichte Demission zurück, womit das «Schifflein wieder bemannt» war: Hier haben also die Betreffenden schon zum voraus kapituliert, wohl in Erkenntnis der Schwierigkeit, in der kritischen Lage Nachfolger zu finden. Kam es denn nie vor, dass einer einmal zu lange auf einem Sessel verharrte? Es gibt zwei Fälle bei öffentlichen Ämtern, Fälle, die aber eine undramatische Lösung fanden. Das eine Mal traf die Demission just in dem Moment ein, als man willens war, «mit dem Zaunpfahl zu winken», das andere Mal wurde eine bereits eingereichte Demission widerrufen, als die Partei schon den Nachfolger nominiert hatte – sie beharrte auf ihrem Entscheid, und der Ex-Demissionär fügte sich.

Präsidenten und Vizepräsidenten

Wie gesagt: in den Vorstand wählte man jeden, der sich nicht mit Erfolg zu wehren verstand. Von den zehn Präsidenten – den ersten lassen wir hier unberücksichtigt – haben dagegen nur zwei vor der Amtsübernahme keine Charge innegehabt; drei waren vorher Vizepräsident gewesen, drei Quästor, einer Aktuar und einer Beisitzer. Nur wenig leichter war der Zugang zum Vizepräsidium: Unter den acht Inhabern – den ersten wieder nicht gezählt – finden wir einen ehemaligen Präsidenten, einen Aktuar, einen Quästor und zwei Beisitzer, drei waren direkt in dieses Amt gewählt worden.

Querverbindungen

In der politologischen Literatur wird darauf hingewiesen, dass in der Schweiz sehr viele «Rollenkumulationen» vorkommen, dieselbe Person also nebeneinander verschiedene politische Funktionen ausübt. Andererseits ist bekannt, dass unsere Bundesräte grundsätzlich keine Parteichargen bekleiden. Wie verhält es sich nun auf lokaler Ebene mit den Demokraten? Von 11 ihrer Gemeinderäte sassen 8 nie im Parteivorstand, 2 mindestens nicht gleichzeitig (sondern vorher), und einzig Hermann Ebner während drei Jahren als 1. Beisitzer. Dies ist eine sehr geringe Verflechtung angesichts der 57 Jahre demokratischen Einsitzes in der Gemeinde-Exekutive. 6 von den 11 hatten übrigens vorher schon ein anderes öffentliches Amt bekleidet, drei als Mitglieder der RPK, einer als solches der Gesundheitskommission, zwei als Schulpfleger. Von den insgesamt 11 Demokraten in der RPK nahm später einer Einsitz in den Parteivorstand – sogar das Prä-

Vorstandsmitglieder der Demokratischen Partei Meilen 1917–1972

	Präsident	Vizepräsident
1917	Edwin Schreiber	Jakob Brupbacher
1918	•	•
1919	•	Paul Schibli
1920	•	•
1921	•	•
1922	Otto Baumgartner	•
1923	•	Heinrich Hardmeier
1924	•	•
1925	•	•
1926	•	•
1927	•	•
1928	Heinrich Hardmeier	Hermann Ebner
1929		•
1930	Hermann Ebner	
1931	•	
1932	•	
1933	•	
1934	•	
1935	•	
1936	•	
1937	•	
1938	•	
1939	•	
1940	•	
1941	•	
1942	Walter Baur	
1943	•	
1944	•	
1945	•	
1946	•	
1947	•	
1948	Ernst Fierz	
1949	•	
1950	•	
1951	•	
1952	Walter Appoloni	Walter Baur
1953	•	•
1954	•	•
1955	•	•
1956	•	•
1957	•	•
1958	•	•
1959	•	•
1960	Hugo Leemann	Ernst Berger
1961	•	•
1962	•	•
1963	Ernst Berger	Robert Mannes
1964	•	•
1965	Willi Rellstab	•
1966	•	•
1967	•	•
1968	•	•
1969	Wolf Fütterer	Ernst Berger
1970	•	Kurt Scheurer
1971	•	•
1972	•	•

Namen in Klammern:
Ausübung eines Amts ad interim

* Korrespondenz-Aktuar P. Fuchs

Aktuar	Quästor	1. Beisitzer	2. Beisitzer
Hermann Ebner • Ernst Reiser Emil Steiger	Reinhold Brunner •	Reinhold Brunner • Hermann Ebner •	Ernst Reiser •
• • • • Emil Hangartner	• Heinrich Haab • • •	• • • • •	
• • Hans Hefti • •	• • Eugen Baur • •	• • Emil Hangartner • •	
• Albert Kägi • • •	• • (Hermann Ebner) Jakob Hafner •	• • •	
• • • • •	• • • • Walter Baur		
• • • Hugo Leemann •	• Ernst Fierz • • •		
Theodor Schneebeli • Walter Appoloni • •	Hugo Leemann • • • •		
• Arnold Altorfer • • •	• Albert Wirz • • •	Arthur Gerber • • •	
• • • • Kurt Lehner	Hans Schoch • • • •	• • • • •	
Robert Mannes Paul Klaeger • • •	• (Paul Klaeger) Paul Fuchs • •	• Robert Mannes Willi Rellstab •	Paul Klaeger
• ✱ • ✱ • ✱ • ✱ •	Max Weber Hans Singer • (Willi Rellstab) Willi Rellstab	Viktor Gerber Jakob Huber Kurt Scheurer Peter Frei	Jakob Huber • Kurt Scheurer
Jeanette Fütterer •	• •	• •	Paul Schmid •

sidium –, während drei während insgesamt 10 Jahren gleichzeitig Parteipositionen einnahmen. 10 von total 76 Jahren – die Verflechtung ist hier bereits etwas stärker. Am augenfälligsten ist sie bei der Schulpflege. Von den 11 demokratischen Mitgliedern sassen nur 2 nie im Parteivorstand, 7 dagegen gleichzeitig, zwei sogar als Präsident; das ergibt 40 Jahre Rollenkumulation bei 97 Jahren Schulpflege-Mitgliedschaft. Aber auch hier kann man nicht behaupten, dass das Parteiamt ein besonders geeignetes Sprungbrett für die betreffende Behörde gewesen sei, haben doch nur 2 der 11 das öffentliche Amt nach dem Eintritt in den Vorstand erworben. Vereinzelte Rollenkumulationen finden sich auch bei den übrigen Gemeindebehörden. Summa summarum lässt sich feststellen, dass eine gewisse Verflechtung zwischen Partei-Etablierten und Behördevertretern vorhanden war, allerdings im Durchschnitt eine bloss schwache. Mit andern Worten: Ein «gewöhnlicher» Demokrat hatte durchaus Chancen, für ein öffentliches Amt nominiert und gewählt zu werden, während «Parteifüchse» oft darauf verzichteten. Dies steht in ausgesprochenem Gegensatz zur Stellung der Meilener Kantonsräte aus der demokratischen Ortsgruppe, waren doch alle drei im Augenblick, wo sie ihr parlamentarisches Mandat übernahmen, deren Präsident. Parlamentarier sind allerdings auch in einem viel höheren Grade Parteivertreter, als man dies in der Schweiz dem Mitglied einer exekutiven Kollegialbehörde zubilligt.

Demokraten in Gemeindebehörden

Ebner Hermann, Buchdrucker 1919–1925
Brennwald Emil, Lehrer 1925–1928
Schreiber Edwin, Notar 1928–1931
Hertli Emil, Bahnhofvorstand 1931–1938
Ebner Max, Buchdrucker 1938–1946
Schöpfer Alfred, Gemeindeammann –1950
Colombo Ernst, Prokurist 1950–1951 (Wegzug)
Hartmann Werner, Bankverwalter 1951–1954
Baumgartner Otto, Notar 1954–1958
Raufer Gustav, kant. Strassenaufseher 1958–1970
Holenweg Hans, Ingenieur 1970–

In der neunköpfigen Gemeinde-Exekutive waren die Demokraten ohne Unterbrechung und ohne Widerspruch mit einem Mann, also im Rahmen des proportionalen Anspruchs, vertreten. Einen Versuch, zu einem zweiten Sitz zu gelangen, konnten wir nur für 1950 feststellen; er scheiterte allerdings schon in der Wählerversammlung, worauf der Kandidat sich angesichts der unschlüssigen Haltung des Vorstandes freiwillig zurückzog. In der Person von Alfred Schöpfer stellte die DP sogar für acht Jahre den Gemeindepräsidenten (1942–1950). Mitglied der Ortsgruppe wurde der bereits 1919 als Parteiloser in den Gemeinderat Gewählte allerdings erst 1942. Schliesslich sei erwähnt, dass

Otto Baumgartner 1939 als Ersatzmann für die im Aktivdienst Stehenden im Gemeinderat vertreten war.

Rechnungsprüfungskommission

Ebner Hermann, Buchdrucker 1916–1919
Brennwald E., Lehrer 1913–1919, 1934–1938, Präsident 1916–1919
Schibli Paul, Sekundarlehrer 1919–1924
Kägi Henri, Lehrer 1924–1928, 1939 als Ersatzmann
Baur Eugen, SBB-Beamter 1928–1931
Romann Emil, Lehrer 1931–1934
Graf Heinrich, Bankbeamter 1942–1946
Colombo Ernst, Bankbeamter 1946–1950, Präsident 1947–1950
Wunderli Jak., Bankbeamter 1947–1966, Präsident 1954–1966
Isler Emil, Versicherungsinspektor 1950–1970
Huber Jakob, Bankverwalter 1966–

In dieser ursprünglich bloss 5, heute 9 Mitglieder zählenden bedeutenden Gemeindebehörde waren die Demokraten immer sehr gut vertreten, was mit der beruflichen Stellung ihrer Kandidaten zusammenhängen mag. Wahlkämpfe waren nicht nötig, um diese Position zu halten. 1938 lag ein freiwilliger Verzicht vor, und 1970 soll an der Parteipräsidentenkonferenz Verlegenheit geherrscht haben, weil die Demokraten ohne Vorankündigung den zweiten Sitz freigaben. 1939 war Emil Hertli Präsident der Ersatzmänner-RPK.

Schulpflege

Baumgartner Otto, Notariats-Substitut 1919–1928
Haab Heinrich, Gefangenenwart 1922–1928
Weber Otto, Bankbeamter 1924–1931
Hangartner Emil, Bahnbeamter 1928–1931
Kägi-Guggenbühl Albert, Techniker 1931–1950
Sameli Heinrich, Elektro-Unternehmer 1931–1942
Wuhrmann Heinrich, Steuersekretär 1942–1954
Appoloni Walter, Techniker 1950–1966
Wirz Albert, Abteilungsleiter 1954–1962
Hans Holenweg, Ingenieur –1970
Peter Frei, Innendekorateur 1970–

Bis 1928 waren Gemeinde- und Sekundarschulpflege voneinander getrennt; Otto Weber gehörte bis 1928 der Sekundarschulpflege an. Die Schulpflege umfasste 1928–1934 15 Sitze, seitdem deren 12. Bis 1962 gehörten ihr immer zwei Demokraten an; damals aber brachte die Partei ihren zweiten Kandidaten nicht auf die Liste der Wählerversammlung. 1966 erlitt sie eine noch grössere Schlappe, indem sich keiner der beiden nominierten Kandidaten durchsetzte. «Dieses Resultat hätte an der Wählerversammlung anders ausfallen können, wenn nicht 49 von den 57 Parteimitgliedern durch Abwesenheit geglänzt hätten», hiess es darauf im Jahresbericht. Gegen den Entscheid der Wählerversammlung kämpfte die Partei nicht an; damit verlor sie ein Neumitglied, das unter den Kandidaten gewesen war. Ein leiser Trost bestand darin, dass der bereits 1958 als Parteiloser gewählte Hans Holenweg sich um die Jahreswende den Demokraten anschloss.

Voegelin Oskar, Lehrer 1916–1938 Kunz Hans, Bankverwalter 1926–1938 Sameli Heinrich, Elektro-Unternehmer 1938–1962 Robert Mannes, Wickler 1962– Durch das Volk gewählte Mitglieder ursprünglich 5, dann 6.	Werkkommission
Hangartner Emil, Bahnbeamter 1919–1922 Wuhrmann Johannes, Feilenhauer 1922–1925 Vontobel Jean, Strassenwärter 1925–1931 Hafner Jakob, Elektro-Monteur 1931–1938 Koch Hans, Schreiner 1950–1962 Müller Ernst, Vertreter 1962– 6 durch das Volk gewählte Mitglieder	Gesundheits- kommission
Brupbacher Adolf sen., Kirchgasse 1919–1922 Ringger Caspar, Buchhalter 1922–1925 Leemann Hugo, Buchbindermeister 1946–, Präsident 1954– Seit 1928 umfasst die Armenpflege 4 vom Volk gewählte Vertreter.	Armenpflege
Wuhrmann Johannes, Feilenhauer 1922–1925 Haab Otto, Mechaniker 1925–1931 Hangartner Emil, Bahnbeamter 1931–1938 Fierz Ernst, Kanzlist 1938–1946 Raufer Gustav, kant. Strassenaufseher 1946–1951 Die Gemeindesteuerkommission umfasste bis 1928 14, dann 6 Mitglieder, seit 1951 nur noch deren 2, wozu noch 2 Ersatzleute kommen.	Gemeindesteuer- kommission
Schliesslich seien noch folgende Ämter erwähnt: Friedensrichter: Albert Kägi 1937–1954 Gemeindeammann und Betreibungsbeamter: Alfred Schöpfer 1931/42–1962, ebenso sein Vorgänger Alfred Haab. Gemeindeschreiber: A. Hotz seit 1962. Notar: Otto Baumgartner 1936–1954, Max Moser seit 1966. Statthalter: Walter Baur 1946–1969, Ernst Fierz seit 1969.	Übrige Positionen

Demokratische Kantonsräte

Wahlen in den Kantonsrat waren zwar in erster Linie eine Angelegenheit der Bezirkspartei, deren Tätigkeitsgebiet sich gerade mit dem Kantonsratswahlkreis X deckte. Da die Ortsgruppe aber jeweils stark engagiert war und gelegentlich selber Kantonsräte stellte, ist eine Behandlung hier sicher am Platz. Während der ganzen Zeit – mit Ausnahme bloss der Legislaturperiode 1959/63 – stellten die Demokraten einen Kantonsrat, einen allerdings von insgesamt meist 9 (1971 10), vor 1935 sogar 10 bis 13, was nicht gerade auf einen Massenanhang schliessen lässt. Man

strebte deshalb von seiten der Demokraten meist irgend eine Art von Zusammenarbeit an, sei es mittels einer gemeinsamen Liste (viermals mit der EVP, davon einmal sogar unter Einschluss der sonst nicht eben heiss geliebten CVP) oder wenigstens einer Listenverbindung. Eine solche kam von 1932 bis 1943 jeweils mit der Gesamtheit der bürgerlichen Parteien zustande, ebenso, wenn auch ungern, 1971. 1963 und 1967 verbündete man sich mit EVP und LdU, während man in der Zwischenzeit allein in den Kampf zog, sei es, dass man Absagen erhielt, sei es, dass man angesichts der gestellten Bedingungen (z.B. Beteiligung der CVP, ein anderes Mal des Landesrings) von sich aus verzichtete. Unter den als gewählt Erklärten befanden sich insgesamt drei Vertreter der Meilener Ortsgruppe:

Edwin Schreiber, 1917–1923
Otto Baumgartner, 1927–1934
Ernst Berger, 1965 bis heute.

1939, als die Meilener DP in ihrer grössten Krise steckte, finden wir überhaupt keinen hiesigen Kandidaten auf der Liste; mehrere Male dagegen figurierten Meilener Demokraten als 1. Ersatzmänner: 1923 Emil Brennwald, 1926 Otto Baumgartner, 1947/51 Walter Baur, 1963 Ernst Berger. Wie wenig allerdings eine Kandidatur unter Umständen bedeuten konnte, zeigt das Jahr 1934, wo beim vorzeitigen Rücktritt Otto Baumgartners in der Bezirkspartei fast eine Panik ausbrach, weil vorerst keiner der Ersatzmänner sich gewillt zeigte, die Nachfolge anzutreten. In Rechnung zu stellen ist übrigens, dass der Meilener Demokrat von 1917 einer Fraktion von 34 Gesinnungsgenossen angehörte, 1967 dagegen nur noch einer von 7, während unser Wahlkreis 1971 einer von zweien war, in denen Demokraten überhaupt noch auf einer eigenen Liste kandidierten. Das hatte für dieses letzte Mal zur Folge, dass man bezüglich Propaganda auf sich selbst gestellt war: «Nachdem uns die Kantonalpartei kein zügiges Plakat liefern konnte, sondern uns mit Ladenhütern bedienen wollte, entschlossen wir uns, auch hier ein Extrazüglein zu machen», heisst es im betreffenden Jahresbericht. «Als ganz erfreulich ist das Resultat in unserer Gemeinde zu werten, sind wir doch hinter der FP (21,7%), BGB (17,2%) und dem LdU (15,1%) mit 12,0% die viertstärkste Partei» und mit einem Anteil von 28,8% an der Liste vor allen anderen demokratischen Ortsgruppen. Wie eklatant der Aufstieg so kurz vor dem Ende war, zeigt ein Vergleich mit 1963, wo die Meilener Ortsgruppe weit abgeschlagen hinter Küsnacht, Stäfa und Männedorf rangiert hatte.

Die Einstellung gegenüber den anderen Parteien

Freisinn

Dass die Beziehungen zur Freisinnigen Partei nie die besten waren, ist kein Geheimnis. Die Aversion zeigte sich beispielsweise bei umstrittenen Wahlen, so noch bei einer Schulpflegerwahl in den sechziger Jahren, als man den freisinnigen Kandidaten «aus politischen Gründen» ablehnte. Bei der heissumkämpften Gemeindepräsidentenwahl von 1958 verweigerten die Demokraten

dem freisinnigen Kandidaten die Unterstützung und beschlossen «nach reger Diskussion» Stimmfreigabe. Den Mitgliedern empfahlen sie in einem Zirkular, «gemäss demokratischem Brauch ... die Gleichung selber zu lösen». Die «politischen Gründe» gegen den Freisinn werden in den Akten meistens nicht genannt; Einblick in die Motive der Meilener Demokraten gewährt dagegen ihre Stellungnahme zu einer Frage, die in den dreissiger und vierziger Jahren aktuell war.

Fronten, Bürgerblock und Sozialdemokraten

Es ging vorerst um die Haltung gegenüber den Fronten – für uns von besonderem Interesse, zumal die den Demokraten nahestehenden Volksschichten im Reiche draussen für den Nationalsozialismus ganz besonders anfällig gewesen waren. Das Problem wurde an der Generalversammlung des Jahres 1934 aufgeworfen: «Die anregende und reichlich benützte Diskussion verdichtete sich dahin, dass genannte politische Bewegung wohl die vermehrte Anteilnahme der Jugend am politischen Geschehen geweckt habe, dass sie jedoch das demokratische Empfinden gefährde und verletze, weshalb eine abwartende Haltung unsererseits wohl das Richtige treffe.» In den Akten findet sich in der Folge nirgends ein Hinweis auf irgendwelche Verbindungen zur Frontenbewegung, vielmehr diskutierte man auf Initiative der freisinnigen Ortsgruppe darüber, ob angesichts der frontistischen Gefahr die bisherige Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte nicht durch eine verstärkte Zusammenarbeit behoben werden könnte; in Küsnacht beispielsweise hatte sich bereits ein «Bürgerlicher Parteiverband» gebildet. An einer Ende 1934 abgehaltenen Parteiversammlung konnte sich aber «niemand für diesen Gedanken erwärmen». Man befürchtete nämlich von einer Bürgerblockpolitik eine unheilvolle Grabenbildung, was zur Folge gehabt hätte, dass einerseits die kleineren Parteien «ins Schlepptau der Freisinnigen» geraten und ihrer Selbständigkeit verlustig gegangen, andererseits aber die «heute noch einigermassen rechts gerichteten Sozialdemokraten unfehlbar nach links abgedrängt» worden wären. Die Demokraten hätten dann ihre Brückenfunktion nicht mehr ausüben können. Anlässlich der Gemeindewahlen von 1942, als Freisinn und Bauernpartei sozialdemokratische Sitzansprüche bekämpften, betonte die demokratische Ortsgruppe, «dass wir alle auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen sind». In einem Presseartikel legte sie besonders auch die innenpolitischen Gründe dar: «Die einseitige Bürgerblockpolitik muss verschwinden, denn sie hat uns im letzten Weltkrieg nahe an den Rand einer Revolution gebracht.» Einen Landesgeneralstreik aber wollte man nicht nochmals riskieren.

Kommunisten

Gegen die äusserste Linke hingegen grenzten sich die Demokraten am See schärfer ab als die Gesamtpartei. Die Bezirksgruppe bewirkte 1943 eine innerparteiliche Krise, als sie die gerichtliche Verteidigung von Mitgliedern der verbotenen kommunistischen Partei durch den demokratischen Nationalrat Dr. Albert Maag als «absolut untragbar» bezeichnete und eine Stärkung des rechten Parteiflügels forderte.

Sonstiges

Im übrigen finden sich kaum Hinweise für oder gegen andere Parteien. Irgendwelche Abreden und Verträge fehlen völlig. Die Listenverbindung mit EVP und LdU hatte einzig ein öffentliches Podiumsgespräch auf Bezirksebene zur Folge. Die theoretisch und verbal begründete «Politik der Mitte» wurde also in der Meilener Praxis zu einer Neutralitätspolitik mit antifreisinniger Spitze. Bei einer Enquete der Kantonalpartei antwortete die Meilener Ortsgruppe 1968 auf die Frage, mit welchen Parteien auf lokaler Ebene eine Zusammenarbeit angestrebt werden sollte: «Muss von Fall zu Fall entschieden werden.»

Wählerverhalten

Nicht gleich wie die Partei-Aktiven verhielten sich die demokratischen Wähler, was sich auf Grund der Panaschierverluste bei Proporzwahlen leicht feststellen lässt. Wir haben dafür zwei Wahlgänge mit leicht zugänglichem Material ausgewählt: die Nationalratswahlen von 1959, für die eine Tabelle in den Parteiakten vorlag, sowie die Kantonsratswahlen von 1971, für die uns Herr Gemeindeschreiber A. Hotz verdankenswerterweise Angaben zur Verfügung stellte. Überprüfen wir nun, von was für Parteien demokratische Wähler Fremdkandidaten auf ihre Liste genommen haben, so stehen die Freisinnigen weit an der Spitze. Die EVP, häufiger Partner in den Kantonsratswahlen, folgt erst weit hinten, während es kaum überrascht, die Christlichsozialen am Schluss aller demokratischen Parteien zu finden. Das Bild verändert sich nicht stark, wenn wir untersuchen, von was für Parteien die Demokraten am meisten profitiert haben – die FP figuriert wiederum weit vorne. Wenn wir allerdings den Grad der «Zuneigung» anderer Parteien zur Demokratischen Partei feststellen wollen, so müssen wir die Grösse der Spenderpartei in Rechnung stellen und die durchschnittliche Zahl demokratischer Stimmen pro fremde Liste betrachten («Sympathiequotient»), die EVP rückt dann plötzlich an die Sitze:

Partei	Panaschierverluste Verteilung in %		Panaschiergewinne Verteilung in %		«Sympathiequotient»
	NR 1959	KR 1971	NR 1959	KR 1971	KR 1971
(1) FP	45	29	22 (2)	29	0,55 (2.2)
(2) LdU	25	22	37 (1)	18,5 (3)	0,52 (2.3)
(3) BGB	12	22	11 (4)	23 (2)	0,57 (2.1)
(4) EVP	9	11	16 (3)	9,5	0,68 (1)
(5) SP	6	7	9	8,5	0,36 (3.1)
(6) CSP	2 (,5)	5	5	4 (7)	0,23 (4)
(7) NA	–	4	–	7,5 (6)	0,33 (3.2)
(8) PdA	1	0	0	0	0,00 (5)

Finanzen

Die Geldnot und ihre Gründe

«Sehr geehrte Parteifreunde! Gewiss werden Sie sich angesichts der seit langem kräftig angelaufenen Wahlpropaganda anderer Parteien gefragt haben: Was ist auch mit uns Demokraten los? Die bescheidenen finanziellen Mittel, die uns zur Verfügung ste-

hen, auferlegen uns in der Propaganda eine gewisse Zurückhaltung, wenn wir nicht nach geschlagener Schlacht hoffnungslos verschuldet dastehen wollen. Darum...» So beginnt ein Rundschreiben aus der Zeit der Kantonsratswahlen von 1963. Er ist typisches Beispiel für die Geldnot der Demokratischen Partei insgesamt wie auch speziell der Ortsgruppe Meilen. Wo liegen die Gründe? 1. Für eine kleine Partei, wie es die Demokraten schon vom Wähleranteil her waren, wogen die sich auch hier ergebenden Fixkosten viel schwerer. 2. Der Organisationsgrad war nicht gerade hoch, d.h. wenig Wähler waren auch zahlende Mitglieder. 3. Die Mitgliedschaft umfasste nicht Volksschichten besonders hoher Kaufkraft; Unternehmer beispielsweise fehlten fast völlig. 4. Da die DP keine speziellen Interessen vertrat, stand ihr kein Wirtschaftsverband (Gewerkschaft, Arbeitgeberverband) so nahe, dass er irgendwelche Zahlungen geleistet hätte. 5. Aus werbetechnischen Gründen war die Ortsgruppe Meilen immer bemüht, den Mitgliederbeitrag im Vergleich zu anderen Ortsgruppen der Bezirkspartei möglichst tief zu halten, und hoffte auf hohe freiwillige Beiträge. Anscheinend wirkte aber die kalte Dusche nach dem Parteieintritt nicht immer im erhofften Masse. 6. Im Gegensatz zu vielen andern Parteien und zur eigenen Kantonalpartei verzichtete die Ortsgruppe Meilen auf fixe Sonderbeiträge von gewählten Behördevertretern als Beitrag an die Propagandakosten. Etablierte Demokraten haben denn auch nie mit Garantie erheblich mehr bezahlt als gutwillige gewöhnliche Mitglieder. Am ehesten war es bei Neuwahlen der Fall, dass der Gewählte die Insertionskosten übernahm. Wir haben auch nur ein Beispiel dafür gefunden, dass die Behördevertreter zu einem freiwilligen Extrabeitrag (unbestimmter Höhe) speziell aufgerufen wurden (Rundschreiben 1950). So sieht also eine durchschnittliche Jahresrechnung sehr einfach aus: Auf der Einnahmenseite ordentliche Beiträge, Spenden der Mitglieder (solche von Nichtmitgliedern lassen sich über die ganze Zeit an einer Hand abzählen), Sparheft- und Kontokorrentzins, auf der Ausgabenseite allgemeine Bürospesen, Beiträge an die Bezirks- und Kantonalpartei sowie Propagandakosten (Inserate, Plakate) für Wahlen sowie gelegentliche Honorare bei Vorträgen.

Beiträge

Anfänglich bestanden überhaupt keine festen Mitgliederbeiträge. So hiess es in den Statuten wörtlich: «Die Auslagen werden durch freiwillige Beiträge gedeckt.» Anscheinend gingen diese aber nicht in grosser Zahl ein, denn auf einen Quästor glaubte man die ersten zwei Jahre verzichten zu können. An einer Vorstandssitzung machte dann Präsident Schibli darauf aufmerksam, dass die Ortsgruppen gemäss Statuten des Bezirksverbands verpflichtet seien, einen Jahresbeitrag von mindestens zwei Franken zu erheben. Die eigenen Statuten wurden darauf in dem Sinne abgeändert, dass Mitgliederbeiträge zwischen zwei und fünf Franken erhoben werden könnten. Die erste Rechnungsabnahme erfolgte allerdings erst 1923. Das einzige, was das Protokoll mitteilt, ist der Saldovortrag von Fr. 29.90. Von 1924 an werden die Zahlen vorübergehend etwas genauer. Die

Einnahmen bewegen sich bis 1927 zwischen Fr. 81.55 und Fr. 102.–, die Ausgaben zwischen Fr. 55.– und Fr. 90.05; das Reinvermögen beträgt am 17.2.1928 genau Fr. 136.50. Von da weg nennt das Protokoll überhaupt keine Zahlen mehr, und separate Jahresrechnungen haben sich nicht erhalten. So heisst es im Protokoll der Generalversammlung von 1934 bloss: «Die normalen laufenden Einnahmen- und Ausgabeposten halten sich die Waage, und zeigt der Abschluss einen Vermögenszuwachs von Fr. –.30!» Immer wieder mussten die Mitglieder darauf aufmerksam gemacht werden, dass es «in Wahljahren sehr erwünscht sei, dass zum ordentlichen Beitrag hinzu da und dort ein mehreres geleistet werde».

Wie hoch die ordentlichen Mitgliederbeiträge pro Jahr waren, soll folgende Tabelle zeigen:

	Gesamter Mitgliederbeitrag	Anteil Bezirk	Anteil Kanton	Anteil Parteipresse 1)	Restbetrag Ortsgruppe
1943	5.—	1.50	2.—	—	1.50
1944	7.—	1.50	3.—	—	2.50
1947	10.—	2.—	5.—	—	3.—
1954	10.—	2.—	5.—	2.50	–.50
1956	10.—	5.—	5.—	?	?
1963	15.—	5.—	7.—	3.25	minus –.25
1965	20.—	5.—	7.—	3.25	4.75
1966	20.—	5.—	10.—	3.25	1.75
1967	30.—	5.—	20.—	4.50	–.50
1969	30.—	5.—	20.—	— 2)	5.—
1970	40.—	5.—	20.—	—	15.—

1) «Der Zürcher Demokrat»

2) Abonnement gekündigt

Spenden

Die freiwilligen Beiträge gingen seit der starken Erhöhung der ordentlichen Beiträge in den sechziger Jahren, pro Mitglied gerechnet, nicht zurück, und die Austritte waren fast ausnahmslos politisch bedingt. Die langjährige Zurückhaltung in der Erhebung realistischer Beiträge war also nicht berechtigt gewesen! Selbstverständlich waren nicht alle Mitglieder gleich spendefreudig; im langjährigen Durchschnitt waren es etwa drei Fünftel, die jeweils über den ordentlichen Beitrag hinaus zahlten, wobei wir nicht im einzelnen untersuchten, ob es meistens dieselben waren; eine gewisse Abwechslung ist auf den ersten Blick erkennbar. Ein freiwilliger Beitrag konnte unter Umständen aus einem einzigen Franken bestehen, was allerdings selten war; die meisten betrugen in den fünfziger und sechziger Jahren zwischen Franken 5.– und 20.–. Fünfzig Franken und mehr gingen nur vereinzelt ein; eine Spende von Fr. 200.– war das Maximum und umfasste im betreffenden Jahr über einen Drittel der ausserordentlichen Einnahmen, sie stammte von einem Behördenmitglied. Zu den Spendern gehörten oft die Jubilare, die jeweils mit einem Blumenstrauss beglückt worden waren. So heisst es in einem Jahresbericht, ausnahmslos alle hätten «mit recht netten Briefchen ihren Dank und ihre Treue zur Ortsgruppe bekundet, in den meisten Fällen mit ‹Beilage›». Im langjährigen Durchschnitt machten die Spenden etwa 30% aller Einnahmen aus; der Kassier konnte also damit rechnen, dass über die ordentlichen Beiträge hinaus

nochmals knapp die Hälfte davon zusätzlich eingehen werde. «Grosse Sprünge» konnte man mit diesem Geld nicht machen, und die Vermögenslage war trotz äusserster Zurückhaltung in der Propaganda nie rosig. So kämpfte sich die Partei von bescheidenen Fr. 84.15 im Jahre 1953 langsam und immer wieder unterbrochen von Rückschlägen finanziell empor. 1966 überstieg das Reinvermögen erstmals die Tausendergrenze, sank wieder bis auf Fr. 133.45 und erreichte 1972 einen Schlussbestand von Fr. 1397.95, der wohltätigen Institutionen zugute kam.

Die laufende Tätigkeit

1. Lebenshälfte

Womit befasst sich eine Partei, wenn der Jahresbericht genehmigt, der Vorstand bestellt, die Rechnung abgenommen worden ist und keine Wahlkämpfe zu führen sind? Betrachten wir zuerst einmal die erste Hälfte des zu behandelnden Zeitraums, nämlich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. In Artikel 2, Absatz 1 der Statuten lesen wir: «Die Ortsgruppe Meilen will den Stimmberechtigten, vorab den Mitgliedern der Gruppe, durch Veranstaltung von Vorträgen und Besprechungsabenden Gelegenheit geben, sich mit Gesetzesvorlagen und allgemeinen Tagesfragen vertraut zu machen, und ihnen eine Aussprache ermöglichen.» Vorträge haben, gerade in der Anfangszeit, gelegentlich stattgefunden, aber wegen mangelnder Beteiligung schlief die Initiative jeweils bald wieder ein. Mit kantonalen und eidgenössischen Fragen hat sich der Vorstand überhaupt nie und die Parteiversammlung ganze dreimal befasst! Bleiben die Gemeindeangelegenheiten. Artikel 2, Absatz 2 äussert sich darüber wie folgt: «Für Sachfragen in Gemeindeangelegenheiten sollen in der Regel keine Parteiversammlungen veranstaltet werden, solange hierorts ein politisch farbloser Gemeindeverein besteht.» Diese Regel hielt man unüberbietbar streng ein, heisst es doch im Protokoll der Bezirkspartei, in deren Schoss man 1931 darüber diskutierte, «dass in Meilen grundsätzlich keine Gemeindeangelegenheiten verhandelt werden». Eine Durchsicht der Vorstands- und Versammlungsprotokolle bestätigt dies vollauf. Ist das Bestreben des Gemeindevereins, lokale Fragen wenn immer möglich überparteilich zu diskutieren, auch verständlich, so muss man doch fragen, wozu es damals überhaupt eine demokratische Ortsgruppe gebraucht hat? Man wundert sich, dass nicht eintrat, was Hermann Ebner im Nachtrag zum Generalversammlungsprotokoll von 1932 befürchtete: «Wenn das so weiter geht, können wir unsere Ortsgruppe ruhig und ohne grosse Nachtrauer verschwinden lassen.» Die Vermutung liegt nahe, einzig der Umstand, dass es damals in Form des «Volksblattes des Bezirkes Meilen» (heute «Meilener Anzeiger») ein demokratisches Parteiblatt von ähnlichem Gewicht wie die «Zürichsee-Zeitung» gab, habe die Meilener Bürger die Existenz einer demokratischen Ortsgruppe zwischen zwei Wahlgängen nicht ganz vergessen lassen. Sogar die aktivsten Mitglieder spürten von ihr nicht allzuviel: Versammlungen fanden in der Regel nur einmal pro Jahr statt, in vier Jahren auch ein zweites Mal, in fünfen überhaupt

nicht; der Vorstand tagte im Durchschnitt bis 1935 rund zweieinhalbmal pro Jahr mit eindeutigem Schwergewicht auf dem Gründungsjahr, für die Zeit nach 1935 finden sich, obwohl nichts verlorengegangen zu sein scheint, überhaupt keine Belege – ob man sich da einfach per Zufall am Stammtisch gefunden hat? «Sodann will die Gruppe Meilen junge Staatsbürger durch geeignete Massnahmen zu politischer Reife und zur Mitarbeit an der Verfolgung der Parteiziele erziehen.» Wollte man in der Praxis nicht, oder hat man alle Spuren verwischt?

2. Lebenshälfte

Flauten gab es auch in der zweiten Lebenshälfte unserer Ortsgruppe, wie 1962 ein «Brandbrief» des Kantonalpräsidenten Marcel Beck belegt, «worin dieser die einzelnen Sektionen wegen ihrer Lethargie tadelt und zu grösserer Aktivität auffordert». Ebenso gilt, was in einem Jahresbericht so hübsch formuliert ist, für mehr als die betreffende Berichtsperiode: «Im Schosse des Gemeindegeschehens sind wenig oder keine Wellen geworfen worden.» Trotzdem: Eine Reaktivierung der Partei ist nach dem Kriege festzustellen. Sitzungen und Versammlungen fanden sehr viel häufiger statt, und es stimmt nun ziemlich allgemein, was wir in einem Jahresbericht, den wir als Muster nehmen, lesen können, nämlich dass die Mitglieder «vor allen wichtigen Gemeindeversammlungen und -abstimmungen zur Besprechung der Geschäfte» zusammenkamen. «Sie liessen sich dabei von ihren Vertretern in den Behörden hingehend und sachlich orientieren. Manche Anregung fand aus dem Schosse der Versammlung ihren Weg in die Behörden und später in die Allgemeinheit.» Dass man, wie es im Bericht weiter heisst, zu kantonalen und eidgenössischen Vorlagen «immer» Stellung genommen habe, könnte allerdings nicht in diesem Ausmass verallgemeinert werden. Jedenfalls fanden Diskussionen mehr im Sinne eines unverbindlichen Gedankenaustauschs als einer gezielten Meinungsbildung statt. Interessieren mag, dass eine Stellungnahme zur «Schwarzenbach-Initiative» wegen divergierender Ansichten nicht möglich war. (Die Kantonalpartei hatte die Nein-Parole ausgegeben.)

Parolen

Auch bei Beratung der Gemeindeversammlungsgeschäfte war es, aufs Ganze gesehen, die Ausnahme, dass aus der Diskussion eigene, von der Partei unterstützte Abänderungsanträge hervorgingen, und erst gegen den Schluss setzte sich einigermassen durch, was Präsident Berger 1963 gefordert hatte, nämlich, zur Aktivierung nicht zuletzt der Jugend Stellungnahmen der Partei zu Sachfragen auszuarbeiten. Auch zu wichtigen Geschäften gab es oft keine parteioffizielle Stellungnahme, wobei nicht auszumachen ist, ob man bewusst darauf verzichtete oder in der Meinungsbildung einfach nicht so weit kam. Die zwei krassesten Fälle für fehlende Parolen seien hier genannt, beide aus dem Jahr 1962: Es handelt sich um die Motion Gisler über die Erweiterung der Seeanlage ins Quartier «Höchlig» und die umstrittene Höhe des Steuerfusses. Die meisten Stellungnahmen kamen jeweils zustande im Sinne einer Zustimmung zu den behördlichen Anträgen. An Abweichungen seien erwähnt:

1964 Erfolgreiche Eingabe mit Abänderungsvorschlägen zum Vorprojekt über einen neuen Zonenplan und eine neue Bauordnung,
1968 Erfolgloser Rückweisungsantrag gegen einen umstrittenen Kauf- und Tauschvertrag von Land an der Bruechstrasse,
1970 Erfolgloser Rückweisungsantrag gegen die 4. Ausbauetappe des Hotel Löwen,
Erfolgreiche Nein-Parole gegen den Ausbau der Schwabachstrasse

Als einzige befürwortende Stellungnahme nennen wir der Wichtigkeit des Geschäftes wegen diejenige in Sachen Alusuisse: einstimmiger Beschluss einer allerdings «nicht sehr gut besuchten» Generalversammlung, nachdem die Partei vorher eine kontradiktorische Versammlung durchgeführt hatte.

Initiativen

Kaum feststellbar sind Initiativen, die im Auftrag der Partei lanciert wurden. 1955 befand sich der Präsident unter den Erstunterzeichnern einer solchen, aber ohne Auftrag der Partei. 1960 beschloss die Partei, dass eine Motion Berger «aus dem Schoss der Partei hervorgehen» solle, sie war aber wiederum nicht aus einer Sitzung oder Versammlung herausgewachsen. 1967 unternahm die Partei einen öffentlichen Vorstoss, nachdem sie durch ihren Vertreter in der Schulpflege Kenntnis erhalten hatte von deren Absicht, etwas in Richtung Strandbadausbau zu unternehmen. Auch hier war die Idee nicht in der Partei geboren, sondern nur frühzeitig von ihr aufgegriffen worden. Immerhin zeigt das Beispiel eine wichtige Aufgabe von Parteien: sich durch die Vertreter in den Behörden Informationen zu beschaffen und, das sei hier angehängt, an diese sowohl Anregung wie Kritik weiterzuleiten. Erwähnenswert ist schliesslich eine 1951 erfolgte Eingabe an den Gemeinderat, mit der die DP, im Anschluss an eine Umfrage bei den Vereinen, die Verbesserung der Saalverhältnisse durch die Gemeinde verlangte.

Gemeindewahlen

Dass man sich nie in heftige Wahlkämpfe stürzte, sondern sich mit den Entscheidungen von Wählerversammlungen abfand, haben wir bereits erwähnt; der Hauptgrund lag vermutlich in den knappen Finanzen. Als die Freisinnigen 1966 einen Vorstoss zur Entmachtung der nicht immer repräsentativen Wählerversammlung unternahmen, traten die Demokraten eindeutig für deren Erhaltung ein, «da sie Überbordung der Propaganda verhindern» könne.

Art der Beschlussfassung

Für die politologische Forschung sicher interessant, aber angesichts oft sehr knapper Protokolle und schlechten Versammlungsbesuchs wenig sinnvoll wäre eine Untersuchung darüber, wie Beschlüsse der Ortsgruppe jeweils zustande kamen, ob mit grosser, durchschnittlicher oder eher knapper Mehrheit. (Wahlen wurden ja immer einstimmig getroffen.) Wir können aber doch sagen, dass man in der Regel darauf achtete, möglichst viele hinter einen Beschluss zu scharen, und im Falle deutlich divergie-

render Meinungen die Behandlung des Geschäftes vertagte. Für die stichprobenmässig genauer untersuchte Periode 1967/68 lassen sich aber doch zwei knappe Entscheide feststellen, nämlich gegen eine Erhöhung des Mitgliederbeitrages (6:5) und für den genannten Rückweisungsantrag an der Gemeindeversammlung.

Werbung und innerer Zusammenhalt

Immer wieder fanden, zeitweise recht häufig, öffentliche Veranstaltungen über staatskundliche, politische und kulturelle Themen statt, deren Propagandaeffekt im Zeitalter des Fernsehens allerdings nicht hoch veranschlagt werden darf. Die von Paul Klaeger laufend besorgte Berichterstattung in der Presse war wohl von ähnlicher Wirkung wie die Veranstaltungen selber. Die Werbung neuer Mitglieder, bei einer Partei am Rande des Existenzminimums besonders entscheidend, war ein ewiges Traktandum. Wegen der fast vollständigen Wirkungslosigkeit von Werbebriefen kehrte man immer wieder zur Überzeugung zurück, dass auf diesem Gebiet nur persönliche Fühlungnahme Erfolg versprechen könne. Zur Förderung des inneren Zusammenhalts versuchte man einiges. Besonders in den sechziger Jahren fanden häufig Exkursionen und Besichtigungen statt, bis der mangelnde Zuspruch die Organisatoren resignieren liess. Ein «Stamm» in der «Luft» musste aus dem gleichen Grund nach bereits einem Jahr wieder aufgehoben werden. Andererseits haben etliche der aus politischen Gründen Austretenden zugestanden, sie hätten «viele anregende» oder «manch frohe» Stunden im Kreise ihrer Parteikollegen verbringen dürfen. Fast rührend ist es zu sehen, wie die innerparteilichen Beziehungen mit Blumen gepflegt wurden, nämlich zu Jubiläen aller Stufen von «50. Wiegenfest» und Silberner Hochzeit an aufwärts.

Die Auflösung

Agonie der Kantonalpartei

1967 war für die Kantonalpartei trotz der Hundertjahrfeier ihres Bestehens kein Jubeljahr: Sie setzte ihren Krebsgang fort und wurde zur kleinsten politischen Partei ausser der PdA. Sollte sie angesichts dieser Agonie nochmals einen Rettungsversuch wagen oder die Zusammenarbeit, ja Fusion mit einer anderen Partei ins Auge fassen, womöglich unter Beibehaltung der Ortsgruppen? Es ist in Kenntnis der hiesigen Tradition verständlich, dass man in der Bezirkspartei «gar nicht glücklich über einen eventuellen Anschluss an die FP» war, und viele Meilener Demokraten dachten da trotz Einsitznahme Ernst Bergers in den freisinnig-demokratischen Koordinationsausschuss nicht anders. In einer Umfrage der Kantonalpartei sprachen sich 10 von ihnen für Beibehaltung vollständiger Autonomie, 4 für Zusammenarbeit mit den Freisinnigen auf kantonaler Ebene und 3 für die Auflösung aus. «Die latente Ungewissheit lähmte das Parteileben . . . ganz erheblich», und die Ortsgruppe wurde um die «Früchte ihrer initiativen Werbearbeit der letzten zwei Jahre» gebracht (Protokoll 1969), indem etliche überzeugte Demokraten den Austritt gaben.

Selbständigkeitsstreben

Dabei blieben diejenigen, die zwar «mit dem Herzen» auch gegen eine Fusion eingestellt waren, aber «mit dem Kopf keine andere Lösung» sahen, aber auch alle die, welche die demokratische Sache noch nicht verloren glaubten. Nachdem das Jahr 1970 den Anschein erweckt hatte, als seien die Demokraten «auf der ganzen Linie wieder im Vormarsch», und die Zusammenarbeit mit dem Freisinn weder im Bezirk noch in der Gemeinde spielen wollte, setzte diese Gruppe an der Generalversammlung vom 1. Juli 1971, zwei Tage nach dem Fusionsbeschluss der Kantonalpartei, folgenden einstimmigen Entscheid durch: «Die Demokratische Partei lehnt einen Zusammenschluss mit der Freisinnigen Partei auf Gemeindeebene ab und will weiterhin politisch selbständig bleiben.» Der Beschluss war in Abwesenheit von mehr als zwei Dritteln der Mitglieder gefasst worden, und ein alter Parteifuchs hatte dem Präsidenten geschrieben: «Ich kann mir nicht vorstellen, wie Sie weiterhin als selbständige Ortsgruppe allein politisieren wollen. Es fehlt doch das ‹Dach über dem Kopf› sowohl in politischer wie auch in finanzieller Hinsicht.»

Zusammenbruch

Im Dezember diskutierte eine weitere Versammlung in aller Unbefangenheit die Frage, ob man wenigstens kantonal den Anschluss an die FP mitvollziehen oder Unterschlupf bei der in Gründung befindlichen «Neuen Demokratischen Bewegung» suchen wolle – da trat ganz plötzlich der Kollaps ein. So wie in einer ersten Phase die «Urdemokraten» der Partei den Rücken gekehrt hatten, so taten es jetzt die Fusionswilligen, die zu den Freisinnigen hinüberwechselten: Fast täglich flatterten dem Präsidenten auf das Jahresende Austrittsbriefe auf den Schreibtisch. Am 24. Januar 1972 trat der Vorstand gesamthaft zurück, und am 2. März folgte die Kapitulation der Generalversammlung. Der Stolz verbot ihr das Aufgehen in der Freisinnigen Partei, der Realismus den Beitritt zur «Neuen Demokratischen Bewegung». In einer Pressemitteilung gab man dem Publikum folgenden Entscheid bekannt: «Ohne anderweitigen Beschluss wären die Meilener Demokraten in diesem Jahr automatisch Mitglieder der Freisinnig-demokratischen Partei geworden. Mit grosser Mehrheit wurde jedoch beschlossen, den Entscheid jedem einzelnen zu überlassen und die demokratische Ortsgruppe aufzulösen.»

Bilanz

So war also das oft befürchtete Ende schliesslich doch noch über die Ortsgruppe hereingebrochen, das Unheil, dem man sich so trotzig entgegengestellt hatte. Verwunderlich ist aber weniger, dass es ein Ende gab, als der lange Atem vorher: Wovon hatte die Ortsgruppe eigentlich die ganze Zeit gelebt? Das Bild ist widersprüchlich: Ohne Dachorganisation in Bezirk und Kanton war die Existenz auf Gemeindeebene weder denkbar noch sinnvoll, von oben her bezog sie, wie die Geschichte der demokratischen Bewegung beweist, ihre Daseinsberechtigung. Andererseits profitierte man organisatorisch wenig und finanziell gar nicht von der Kantonalpartei, und am Schluss erwiesen sich die Ortsgruppen am See als gesunde Organe in einem unheilbar kranken Körper. Dabei ist wiederum bemerkenswert, dass die

Geschichte der Ortsgruppe Meilen nicht eben grosse Taten verzeichnet, sondern, wie in einem Jahresbericht steht, aus «viel Kleinarbeit» bestanden hat. Ihre Leistung besteht darin, dass eine kleine Schar verantwortungsbewusster Bürger ohne Hoffnung auf grosse Ehren und grosses Entgelt unsere Gemeinde hat mitverwalten helfen. Den Umfang der Verantwortung, die man zu tragen bereit war, leitete man mehr oder weniger genau und mehr oder weniger bewusst vom Wahlresultat ab, das die Bezirks- oder Kantonalpartei bei Parlamentswahlen erreichte. Dieses Mass bedeutete meist zugleich eine Garantie für die Wahl der aufgestellten Kandidaten (deren es auch bei Konkurrenzparteien meist nicht in überbordender Fülle gab), wenn sie nur Anlass zur Vermutung gaben, sie würden ihr Amt redlich und zuverlässig ausüben. Dass ihre positive Arbeit in der Gemeinde mithalf, den Anteil der demokratischen Stimmen zu festigen und so den Kreis wieder zu schliessen, ist selbstverständlich und gilt auch für andere Parteien. Aber bei allem Goodwill, der den Demokraten anscheinend entgegengebracht wurde – wie fand diese so kleine Schar von Aktiven für die nicht selten überproportionale Vertretung in den Gemeindebehörden überhaupt die nötige Zahl von Kandidaten? Man muss annehmen, dass hier der Sozialstruktur der Partei ausschlaggebendes Gewicht zukommt: Ein Durchschnittsdemokrat war von Berufs wegen besonders befähigt, ein Gemeindeamt auszufüllen, denn er hatte die nötigen Fähigkeiten und meist auch die nötige Zeit. Aufsehenerregende Initiativen und andere Grossaktionen, soweit sie auf Gemeindeebene überhaupt möglich sind, scheint man von den Demokraten gar nie erwartet zu haben. Man war mit ihrer Arbeit zufrieden und hätte sie als Meilener Stimmberechtigte wohl noch lange darin fortfahren lassen, wenn ihnen nicht eine höhere Politik das Lebenslicht ausgeblasen hätte.

Anmerkung
Hauptquelle waren naturgemäss die Parteiakten. Sie befinden sich neuerdings im Archiv der Mittwochgesellschaft.

Kunstausstellung Zürich-Land 72 in Meilen
«Sommerstrauss», Heinrich Müller, 1903, Zürich

Plastiken im Hof des Allmend-Schulhauses